

Deutschland-Losheim: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

OJ S 12/2023 17/01/2023

Auftragsbekanntmachung**Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Losheim am See

Postanschrift: Merziger Str. 3

Ort: Losheim

NUTS-Code: DEC02 Merzig-Wadern

Postleitzahl: 66679

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Verfahrensbetreuung/-begleitung für die Gemeinde Losheim am See durch die agstaUMWELT GmbH; Kommunikation und Angebote, usw. ausschließlich über das Vergabeportal subreport

E-Mail: vergabe@agsta.de**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: www.agsta.de**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E26143754>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E26143754>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung**II.1.1. Bezeichnung des Auftrags**

Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung für die Anlagengruppen 1-3 (HLS) für den Ersatzneubau des Bürgerhauses in der Gemeinde Losheim am See im Ortsteil Rimlingen

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Gemeinde Losheim am See plant den Abriss und die Erstellung eines Ersatzneubaus des Bürgerhauses in der Gemeinde Losheim am See im Ortsteil Rimlingen.

Das Bürgerhaus mit den zugehörigen Freiflächen soll sich hin zu einem multifunktional nutzbaren Ort für die Rimlinger und Bachemer Dorfgemeinschaft entwickeln. Zukünftig sollen vier statt zwei Säulen das Bürgerhaus mit Leben füllen: Sportbetrieb, kulturelle Veranstaltungen, private Feierlichkeiten und Begegnungsstätte. Ergänzend hierzu könnte ein Treffpunkt für die Rimlinger und Bachemer Jugend entstehen. Hierzu ist der Rückbau des vorhandenen und Neubau eines - bis zu zweigeschossigen, barrierefreien und multifunktional nutzbaren - Kultur- und Bürgerhauses mit besonderer Fassadengestaltung geplant.

Im neu zu errichtenden Bürgerhaus sollen Räumlichkeiten mit einer entsprechenden Ausstattung für (Sport-)Vereine mit kleinerem Platzbedarf (größerer Platzbedarf bietet die Halle in Bachem), kulturelle Veranstaltungen (u.a. mit einer Beschallungsanlage, Beamer, Multimedia), private Feierlichkeiten (z.B. Geburtstage, Hochzeiten, Jubiläen) für bis zu ca. 100 Personen (u.a. mit Küche, Kühlraum) sowie für die Jugend bereitgestellt werden.

Es wird erwartet, dass es durch den Sportbetrieb sowohl im Bürgerhaus in Rimlingen, als auch in der Bachemer Halle tägliche Belegungen geben wird. Erfahrungsgemäß wird das Bürgerhaus für private Feierlichkeiten mindestens zweimal im Monat genutzt werden; hierbei zu erwähnen ist, dass alle innerhalb des Gemeindegebietes wohnhaften Einwohner/innen die Möglichkeit zur Anmietung haben sollen.

In das Bürgerhaus soll u.a. ein Vereinsraum bzw. ein Multifunktionsraum mit Ausschankmöglichkeit als Begegnungsstätte integriert werden; dieser soll mit einer Theke bzw. bestenfalls mit einer zweiten Küche ausgestattet werden, sodass eine Nutzung unabhängig von kulturellen Veranstaltungen und privaten Feierlichkeiten möglich ist. Eine Bewirtschaftung zum Ausschank (z.B. nur am Wochenende) könnte im Idealfall durch einen Verein erfolgen - alternativ bestünde die Möglichkeit einer Verpachtung oder die Einstellung geringfügig Beschäftigter durch die Gemeinde. Zugleich kann der Raum unter der Woche für weitere Zwecke nutzbar gemacht werden (z.B. mobiler Friseur, diverse Beratungsangebote, Koch- und Backaktionen beispielsweise in Zusammenarbeit mit Grundschule und KiTa in Bachem).

Die im Erd- und Dachgeschoss im Einzelnen vorgesehenen Räumlichkeiten/Nutzungen sind den beigegefügt Grundrissen zu entnehmen (u.a. Bürgersaal, Küche und Kühlraum, multifunktionaler Raum mit Theke, Umkleide und Sanitäreinrichtungen, Abstellräume). Dies gilt entsprechend für die Gestaltung des unmittelbar angrenzenden Außenbereichs.

In Anbetracht dessen, dass die Fläche mit dem Bürgerhaus und der Feuerwehr zu großen Teilen innerhalb eines Überschwemmungsgebietes (HQ100, HQextrem) liegt, muss sowohl beim Neubau des Kultur- und Bürgerhauses, als auch bei der Gestaltung der umgebenden Freiflächen ein besonderes Augenmerk auf eine hochwasserangepasste Umsetzung baulicher, gestalterischer und technischer Maßnahmen gelegt werden, um potenzielle Hochwasserschäden zu verringern. Wasserrechtliche Restriktionen müssen beachtet werden. Weitere Informationen sind dem Dokument Anlage 1 - "Projektbeschreibung" zu entnehmen. Hinsichtlich des Zeitplans ist davon auszugehen, dass unmittelbar nach der Auftragsvergabe mit den Planungsarbeiten begonnen werden soll. Die gesamte Umsetzung der Maßnahmen muss bis Ende 2024 abgeschlossen sein.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 1 895 153,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEC02 Merzig-Wadern

Hauptort der Ausführung: Rimlinger Straße, Ortsteil Rimlingen, 66679 Losheim am See (siehe Anlage 2 und Anlage 3 - "Luftbild/Lageplan").

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Benötigt werden die Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung gemäß § 53-56 HOAI für die Anlagengruppen 1-3 (HLS) (1. Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen, 2. Wärmeversorgungsanlagen, 3. Lufttechnische Anlagen) für den Ersatzneubau des Bürgerhauses in der Gemeinde Losheim am See im Ortsteil Rimlingen.

Der vorliegende Auftrag umfasst die Grundleistungen der vorgenannten Planungsleistungen der folgenden Leistungsphasen:

- Lph 1: Grundlagenermittlung,
- Lph 2: Vorplanung,
- Lph 3: Entwurfsplanung,
- Lph 4: Genehmigungsplanung.

Folgende Leistungen werden optional vergeben:

- Lph 5: Ausführungsplanung,
- Lph 6: Vorbereitung der Vergabe,
- Lph 7: Mitwirkung bei der Vergabe,
- Lph 8: Objektüberwachung - Bauüberwachung und Dokumentation.

Es erfolgt eine optional stufenweise Beauftragung ab Leistungsphase 5. Seitens des Auftragnehmers besteht kein Rechtsanspruch auf die Beauftragung weiterer Leistungsphasen bzw. einer Gesamtbeauftragung.

Für die genannte Maßnahme sind neben der Projektbeschreibung und dem Luftbild/Lageplan weitere Informationen und Unterlagen (u.a. Grundrisse Erd- und Dachgeschoss, 2D- und 3D-Perspektiven, Schnitt A-A) vorhanden, welche den Bietern auf subreport zur Verfügung gestellt werden. Weitere Unterlagen liegen nicht vor.

Sonstige zu vergebende Leistungen sind nicht Bestandteil der vorliegenden Ausschreibung und werden gesondert vergeben. Parallel zur vorliegenden Ausschreibung werden 3 weitere Leistungen europaweit ausgeschrieben:

1. Objektplanung/Freianlagenplanung gemäß §§ 33-37 HOAI und §§ 38-40 HOAI.
2. Tragwerksplanung gemäß § 49-52 HOAI, inkl. Sonderleistung Erstellung GEG-Nachweis.
3. Planungsleistungen der Technischen Ausrüstung gemäß § 53-56 HOAI der Anlagengruppen 4-6 (ELT).

Es ist zulässig, dass Bieter für mehrere dieser Leistungen ein Angebot abgeben. Die Abgabe mehrerer Angebote im Rahmen der vorliegenden Ausschreibung für den zu vergebenden Auftrag „Planungsleistungen der Technischen Gebäudeausrüstung“ ist nicht zulässig und kann zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen, wenn dem Bieter, der Bietergemeinschaft oder den betroffenen konkurrierenden Mitgliedsunternehmen der Nachweis, dass die fraglichen Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden, nicht gelingt.

Die Kosten der Gesamtmaßnahme werden mit 1.895.153 EUR netto (KG 200-700 gem. DIN 276, inkl. Planungs-/Baunebenkosten) angesetzt (siehe auch II.1.5). Die Kosten der KG 300 und 400 teilen sich wie folgt auf (geschätzt, gerundet):

KG 300: 1.014.978 EUR netto,

KG 400: 230.763 EUR netto.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Siehe auch III.2.1): Die folgenden Nachweise/Eigenerklärungen sind mit dem Angebot vollständig vorzulegen. Details, die bei den Angaben zu berücksichtigen sind, siehe in den auf subreport zur Verfügung gestellten Formblättern. Bei Bietergemeinschaften sind die Formblätter von den Mitbieter (einschließlich Nachunternehmern) ebenfalls an den entsprechenden Stellen auszufüllen. Ferner ist in diesem Fall eine Vollmachtserklärung für den Federführenden, eine Erklärung über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung und eine Erklärung für das Vorhandensein einer Haftpflichtversicherung mit den geforderten Rahmenbedingungen für die Bietergemeinschaft/ARGE mit dem Angebot vorzulegen.

1) Allgemeine Angaben zum Bieter gemäß Formblatt; es wird darauf hingewiesen, dass die Abgabe mehrerer Angebote einzelner Bieter oder von Mitgliedern einer BG zum Ausschluss aller betroffenen Angebote führen können.

2) Eigenerklärung, dass keine Personen im Zuständigkeitsbereich des Bieters tätig sind, die zum Ausschluss von Personen nach § 6 VgV führen.

3) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB vorliegen.

4) Eigenerklärung zu § 43 Abs. 1 VgV; namentliche Nennung der vorgesehenen Leistungserbringer im Auftragsfall, gegliedert in Projektleiter im Auftragsfall, Stellvertreter des Projektleiters, Bauleiter und Projektingenieure unter Angabe der von ihnen im Auftragsfall bearbeitenden Teilleistungen. Im Falle von Bietergemeinschaften ist zusätzlich die Zugehörigkeit der Person zu benennen. Für den im Auftragsfall Projektverantwortlichen

/Projektleiter und seinen Stellvertreter ist mit dem Angebot ein Nachweis der Befähigung für die vorliegende Aufgabenstellung (z. B. Kammernachweis, Diplom-, Master-, oder Bachelorurkunde, o. ä.) sowie eine Vita mit Angabe der Berufserfahrung beizulegen.

5) Angaben über die beabsichtigte Weitergabe des Auftrags oder eines Teils des Auftrags.

6) Eigenerklärung des Bieters/der BG im Falle der Weiterbeauftragung die Leistungen der Leistungsphasen 5-8 (siehe II.2.4)) zu erbringen.

7) Verpflichtungserklärung zur Tariftreue und fairen Löhnen für die Vergabe von öffentlichen Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträgen.

8) Eigenerklärung zum BMWBS-Rundschreiben vom 14.04.2022 (Russland-Sanktionen).

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die folgenden Angaben sind mit der Angebotsabgabe vollständig vorzulegen, bei BG jeweils von allen Mitgliedern der BG bzw. Nachunternehmern.

1) Eigenerklärung, dass aktuell keine Steuerschulden bestehen.

2) Eigenerklärung zum Vorhandensein der erforderlichen Berufshaftpflichtversicherung in der Höhe mind. 2.000.000 EUR für Personenschäden, mind. 1.000.000 EUR für Sonstige Schäden. Sollte eine Versicherung in dieser Höhe nicht vorhanden sein, ist eine Eigenerklärung erforderlich, dass die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen angehoben wird. Weitere (durch Eigenerklärung) nachzuweisende Voraussetzung: Jährliche Maximierung der Ersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme betragen. (Bei Bewerbergemeinschaften muss die Haftpflicht für die ARGE bzw. für ARGE-Leistungen vorgehalten werden). Die auf subreport zur Verfügung gestellten Formblätter sind für die Angaben zu verwenden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

s.o.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Eigenerklärung, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Unternehmens und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren ersichtlich sind.

2. Vorlage einer Referenz für eine Planung der technischen Gebäudeausrüstung für die Anlagengruppen 1-3 für ein Gebäude mit einer Größenordnung der Baukosten (KG 400) von 0,5 Mio. EUR (netto), die in der Zeit seit Januar 2015 begonnen und bis zum Zeitpunkt der vorliegenden Bekanntmachung (Januar 2023) abgeschlossen wurde. Mindestreferenz, d.h. die Vorlage einer wertbaren Referenz ist Grundvoraussetzung für die Teilnahme am Vergabeverfahren. Voraussetzung für den Nachweis über die Erfahrung des Bieters ist, dass mindestens die Anlagengruppen 1, 2 und 3 bearbeitet wurden. Es muss also für jede der Anlagengruppen ein Nachweis über die Erfahrung des Bieters erbracht werden. Sofern dies nicht innerhalb einer Referenz erbracht werden kann, dürfen auch mehrere Referenzen benannt werden. (z.B. Referenz A: AGr 1 und 3 wurde bearbeitet und Referenz B: AGr 2 wurde bearbeitet, o.Ä.).

3. Nachweis des Bieters über die Erbringung einer Referenz für die Planung und Realisierung eines Projektes im Bereich der TGA-HLS für einen öffentlichen Auftraggeber. Die Referenz muss in der Zeit seit Januar 2015 begonnen und bis zum Zeitpunkt der vorliegenden Bekanntmachung (Januar 2023) abgeschlossen worden sein. Mindestreferenz, d.h. die Vorlage einer wertbaren Referenz ist Grundvoraussetzung für die Teilnahme am Vergabeverfahren.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

s.o.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Ingenieure gemäß § 75 VgV,

Bewerber mit Sitz in Deutschland: Vorlage eines Nachweises über die Eintragung in ein Berufsregister als Beratender Ingenieur/Ingenieur (Kammermitgliedschaft);

Bewerber mit Sitz im Ausland müssen mit dem Angebot die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür eine im Anhang XI der Richtlinie 2014/24 /EU des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist.

Bei Bewerbungsgemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Verpflichtung zur regelmäßigen Teilnahme an Jour-Fixe-Terminen während der für die TGA-HLS relevanten Projektzeiträume.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 13/02/2023 Ortszeit: 08:30

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 14/04/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 13/02/2023 Ortszeit: 08:30

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1.

Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Arbeitssprache ist deutsch. Anträge in anderer Sprache werden ausgeschlossen.
2. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.
3. Zur Angebotserstellung sind die vom Auftraggeber bereitgestellten Vergabeunterlagen zu verwenden.
4. Wichtig: Seit dem 18.10.18 besteht die Pflicht zur eVergabe. Die Kommunikation und die Abgabe der Angebotsunterlagen erfolgt gem. § 53 (1) VgV ausschließlich elektronisch über subreport. Die zum Download bereitgestellten Unterlagen sind auf www.subreport.de frei verfügbar. Um regelmäßig über Informationen/Rückfragen in Kenntnis gesetzt zu werden und für die Abgabe der Angebote, ist eine Registrierung erforderlich. Diese ist für die Bieter kostenfrei. Angebote, die nicht über subreport, sondern per E-Mail, schriftlich auf dem Postweg oder persönlich eingehen, werden ausgeschlossen. Es wird empfohlen, sich rechtzeitig mit den technischen Anforderungen des Vergabeportals auseinanderzusetzen.
5. Datenschutzklausel: Die vom Bieter erbetenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Soweit das Angebot eines Bieters den Zuschlag erhält, werden die übrigen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Bieters, der den Zuschlag erhält, vor Zuschlagserteilung informiert. Der Bieter erklärt mit Abgabe des Angebots sein Einverständnis hiermit.
6. Das Angebot ist entsprechend der beigefügten Vorlage (Formblatt Honorarangebot) auszuarbeiten. Die anrechenbaren Kosten sind dem zur Verfügung gestellten Formblatt zu entnehmen. Der Auftraggeber geht derzeit davon aus, dass die Planungsleistungen der TGA-HLS in der im Formblatt eingetragenen Honorarzonen einzuordnen sind. Sollte ggf. eine davon abweichende Honorarzone vorgesehen werden, ist darauf mit entsprechender Begründung hinzuweisen. Im Honorarangebot mit anzugeben sind die Nebenkosten sowie die Stundensätze. Die Stundensätze gehen nicht in die Bewertung mit ein.
7. Ortsbesichtigung: Es wird den Bietern empfohlen, das Grundstück vor der Angebotsabgabe zu besichtigen. Die Geltendmachung von Ansprüchen, die sich aus fehlender Ortskenntnis ergeben, wird seitens des Auftraggebers abgelehnt.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Saarlandes beim Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie

Postanschrift: Franz-Josef-Röder-Straße 17

Ort: Saarbrücken

Postleitzahl: 66119

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammern@wirtschaft.saarland.de

Telefon: +49 6815014994

Fax: +49 6815013506

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

- 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht

innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Abs. 1 Nr. 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

12/01/2023